

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 13 (1961)
Heft: 15

Artikel: Haushaltbudget und Psychologie
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-963815>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RETTUNG ODER FREVEL?

ZS. Frau Jacqueline Kennedy, Gattin des amerikanischen Präsidenten, hat in England Stirnrunzeln erzeugt. Sie reiste durch Griechenland und besah sich selbstverständlich auch den Parthenon-Tempel in Athen. Und bekam dabei Klagen, Proteste und Forderungen der Universität Athen und anderer griechischer Institutionen zu hören, wonach die seinerzeit durch Lord Elgin von der Akropolis nach England entführten Statuen, Figuren- und Pferde-Bruchstücke endlich wieder an ihren Standort zurückgebracht werden müssten. Sie erklärte, dass sie dies ebenfalls wünsche. Die Folge waren nicht nur hochgezogene Brauen in London, sondern auch eine kurze Auseinandersetzung im englischen Unterhaus, wo ein Abgeordneter der Arbeiterpartei die Auffassung vertrat, angesichts der guten Beziehungen zwischen England und Griechenland sollte dem Wunsche willfahrt werden. Laut englischen Radionachrichten erwiderte Premierminister MacMillan, dass der griechische Premier kein solches Begehren bei ihm gestellt habe, und dass es sich um eine komplizierte Frage handle, ein wirkliches Problem. Er werde sie nicht aus den Augen lassen. Offiziell scheint seitdem nichts mehr gegangen zu sein, dagegen befassten sich Radio und Presse mit der Frage, sodass man Näheres über den Sachverhalt erfuhr.

Die Elgin-Marmorstücke vom Parthenon im Britischen Museum gehören zu den grössten Kunstschatzen der Welt. Sie gelten als Werk des Phidias, einem der grössten Bildhauer aller Zeiten, der unter Perikles tätig war. Sie sind in den Jahren 447 bis 432 vor Christus geschaffen worden und sind aus pentelischem Marmor. Für zahllose Künstler-Generationen sind sie durch die Jahrtausende Inspiration und edelstes Vorbild klassischer Kunst gewesen, und ungezählte Millionen von kunstempfänglichen Menschen standen ergriffen vor ihnen.

Der "Elgin-Raub", als was ihn die heutigen Griechen bezeichnen, geht auf das Jahr 1799 zurück, als der europäische Kontinent in den Stürmen der französischen Revolution erzitterte. Damals wurde Lord Elgin britischer Botschafter in Konstantinopel, erst 33 Jahre alt. Der junge Schotte war nicht nur ein gewandter Diplomat, sondern ein hingereisener Bewunderer der Griechen. Er stellte unter dem italienischen Maler Lusieri ein kleines Arbeitsteam zusammen. Griechenland war damals eine ärmliche, türkische Provinz, Athen ein unansehnliches Nest ohne eine einzige Wirtschaft, geschweige ein Hotel. Herrscher in der Stadt war der Kommandant der türkischen Garnison, der dem Lord erst gegen Bezahlung eines tüchtigen Bakschisch (Trinkgeld) das Betreten der Akropolis gestattete. Elgin wurde dabei bleich, denn die ganze europäische Geschichte war dieser unsterblichen Kulturstätte eingebrannt. Als seinerzeit das Heidentum versank, wurde der Parthenon-Tempel eine christliche Kirche. Als die Türken Griechenland eroberten, wurde das Heiligtum der Athene in eine Moschee verwandelt. In den grossen Kriegen des 17. Jahrhunderts diente er als Festungsgebäude und Pulvermagazin, das 1687 von einer venetianischen Kugel getroffen wurde, wobei das Innere in die Luft flog und nur die Aussenwände einigermaßen erhalten blieben. So bot sich die ganze Akropolis Lord Elgin 1800 als schütterte Ruine dar, die aber immer noch von einer türkischen Garnison benützt wurde. Wie früher die Christen, hatten auch die Türken heruntergefallene Statuen stückweise abgeschlagen und an Griechenfreunde verkauft. Manchmal benutzten sie sie auch für Befestigungsarbeiten oder für Mörser. In dieser Situation entschloss sich Elgin, soviel als möglich von den Bildwerken fortzubringen, um sie zu pflegen und ihre gänzliche Vernichtung zu verhindern. Dazu musste er zuerst einen mächtigen, mit unzähligen Bakschischs versüssten Papierkrieg mit der türkischen Regierung in Konstantinopel führen. Doch als er schliesslich die Bewilligung geduldig erkaufte, musste er noch weiterhin in Athen jede Stelle und jedes Ämchen kaufen, um endlich an die Arbeit gehen zu können. Erst 1802 konnte er damit beginnen. Sie erwies sich als sehr schwierig, und besonders die Hindernisse für den Transport waren fast unüberwindlich in der damaligen Zeit, wogen die Bruchstücke doch mehr als 100 Tonnen. Eines der Transportschiffe versank, und seine Ladung konnte erst nach zweijähriger, mühsamer Arbeit wieder gehoben werden. So kam die erste Sendung erst 1809 in London an.

Trotz der Begeisterung vieler Sachverständiger und kunstempfänglicher Leute, vor allem der Jugend, verhielt sich die englische Regierung sonderbar passiv. Elgin, der zu allem Ueberfluss noch anlässlich einer Durchreise in Frankreich festgenommen und drei Jahre dort als Kriegsgefangener hatte verbleiben müssen, hatte für die Sache sein Vermögen im heutigen Wert von ca. 4 Millionen Franken geopfert und hoffte auf Rückerstattung. Doch es vergingen weitere 5 Jahre, bis ihm das Unterhaus magere 1,8 Millionen dafür bot. Niedergeschlagen musste der verarmte Lord darauf eingehen. Die ganze Sammlung wurde so Eigentum des britischen Volkes. Seitdem ist das Britische Museum Ziel unzähliger künstlerischer Pilgerfahrten aus aller Welt geworden von Leuten, die sich eine Reise nach Griechenland nie hätten leisten können. Die opferreiche Tat Elgins wurde noch zu seinen Lebzeiten als ein unvergänglicher Beitrag an die abendländische Kultur bezeichnet.

Doch die Begeisterung war nicht ungetrübt. Schon zu Beginn erhoben sich Stimmen, darunter diejenige Lord Byrons, welche das Ganze als einen Frevel bezeichneten.

"Doch von den Schändern jenes Heiligtums,
Dem Pallas schweren Herzens nur entflohn,

Als letzter Trümmerstätte ihres Ruhms,
Wer sprach am meisten aller Ehrfurcht Hohn?
Erröte, Schottland, denn es war Dein Sohn!
Der Freche plünderte den Weihaltar,

Und schleppte ihn zum Meer, das grollend trug die Schar".

Diese Gruppe verlangte, dass Griechenland alles zurückgegeben werden müsse, sobald es frei sein würde. Diese Stimmen wiederholten sich in bestimmten Abständen bis heute. Neuestens haben sich griechische Instanzen stärker eingemischt. Sie geben zu, dass Lord Elgin zweifellos einwandfreie Verträge mit der türkischen Regierung geschlossen habe, dass diese jedoch nicht legitimiert gewesen sei, den Parthenon zu verkaufen. Sie geben auch zu, dass durch die Tat des Lords die in London befindlichen Bruchstücke sich in viel besserem Zustande befinden, als die im Freien stark verwitterten, die am Parthenon geblieben sind. Elgins Aktion bedeutete hier unzweifelhaft Rettung. Athen will sie denn auch nach einer allfälligen Rückgabe nicht wieder im Freien anbringen, wo sie waren, sondern ihnen in der Nähe des Partenons eine gesicherte Unterkunft schaffen, "die nicht Hunderte von Meilen weg im fernen London liege".

Die Feinde einer Rückgabe sind dagegen der Auffassung, dass die Bruchstücke nach London kamen, um sie in alle Ewigkeit vor dem Zerfall zu bewahren, und ihnen sorgfältige Pflege angedeihen zu lassen. Bei dem unschätzbaren Wert, den sie für die abendländische Kultur darstellen, sollten sie in einer leicht zugänglichen Stadt wie London bleiben, wird gesagt. Ausserdem würde durch eine Rückgabe ein gefährliches Präjudiz für andere grosse Schätze Londons entstehen. Müssten dann konsequenterweise nicht auch die grossartigen, ägyptischen und chinesischen Kunstschatze usw. zurückgegeben werden? Und wenn die Griechen sie nur in ein anderes Museum stecken wollten, was habe das schon für einen Vorteil für die Welt? Der Grundsatz, dass kein grosses Kunstwerk ausserhalb des Landes bleiben dürfe, in welchem es geschaffen wurde, sei absurd; was könnte da z.B. England nicht alles von Amerika zurückfordern! Zahlreiche Museen in der Welt müssten da überhaupt ihre Pforten schliessen. - Vorläufig scheint es, dass alles beim alten bleibt.

Von Frau zu Frau

HAUSHALTBUDGET UND PSYCHOLOGIE

EB. Jüngst standen ein paar Frauen zusammen und diskutierten "Budgets". Sie waren offenbar von jener "sozialen" Sorte, die bis zu einem gewissen Grade an "Déformation professionnelle" leidet. Im Grunde genommen sahen sie nur noch jene Fälle der Existenzminima, die der sozialen Fürsorge anheim fallen. Sie sahen, dass diese Hilfe benötige, glaubten aber, alle ändern habe keine nötig. Sie wiesen auch alle Bemühungen von sich, ändern einen Weg oder Richtlinien weisen zu können. Es sei eine Schande, wenn man mit mehr Geld den Rank allein nicht finde.

Es kam auch eine kleine Broschüre zur Sprache, die sich herausnimmt, gerade für jene geschrieben zu sein, die im allgemeinen eine gewisse Auswahl haben, wie sie ihr Geld einteilen und ausgeben wollen. Es stand sogar sehr ausdrücklich darin, dass man nicht neidisch sein und glauben solle, jedermann mit grösserem Einkommen sei sorglos. Und als Beispiel stand in Zahlen ein verhältnismässig hohes Einkommen.

Psychologisch ganz falsch! fanden die Damen. Man sollte nie einem Minderbemittelten ein Budget eines "besser Gestellten" zeigen, oder dann allerhöchstens in Prozentzahlen. Und überhaupt, "besser Gestellte" sollten ihre Budgets ohne Büchlein und ohne Hilfe aufstellen können. Reiner Luxus, sich mit denen zu befassen.

Es machte mich ziemlich nachdenklich und leicht auflüpfisch, dieses Gespräch. Zufällig weiss ich, dass Budgetberaterinnen immer mehr von Leuten mit hohem - oder doch verhältnismässig - hohem Einkommen angegangen werden, und diese Budgetberaterinnen haben es gelernt, dass es bei den Anstürmen auf jedes Portemonnaie, beim höhern Standard, der nie seine Grenze erreicht haben will, aber auch bei den Repräsentationspflichten im Haus und auf der Strasse manchmal sehr, sehr schwer ist, das Geld in einer einigermaßen ausgeglichenen Weise auszugeben. Es scheint gar nicht so zu sein, wie diese Damen glauben, dass es sich nämlich um Leute handelt, die von Haus aus unseriös, unsorgfältig und unzuverlässig sind. Aber eben, die Ueberheblichkeit ist noch nicht ausgestorben.

Dann das zweite: es sei unpsychologisch, einem Aermern ein höheres Budget zu zeigen. Mir will eine solche "Weltordnung", eine solche Straussenspolitik nicht gefallen. Die weniger Bemittelten wissen doch ganz genau, dass es Leute gibt, die mehr verdienen als sie. Warum sollen sie nur "mit Prozentzahlen" eine Ahnung haben dürfen, wie diese ihr Geld ausgeben? Es mag tatsächlich gewisse soziale Damen - man nennt sie auch anders - geben, für die solche Menschen von Anfang an als unmündige gelten, denen man dann aber auch nach Bedarf und ohne grosses Federlesen befehlen kann. Sicher gibt es Fälle, die der führenden Hand bedürfen, Frauen und Männer, die allein nicht gehen können

und es auch nie lernen werden.

Wer aber ein Budget-Büchlein liest, ist doch mindestens so weit, dass er sich über die Zusammenhänge klar werden, dass er Ordnung schaffen will. Dann wird man ihm auch nicht züchtig andere Zahlen verborgen müssen. Sie werden ihm als Beispiel unter vielen dienen,

Zwei Welten, dünkt es mich! Was meinen Sie dazu? Eigentlich dürfte ich diese Frage am Schlusse nicht mehr stellen, denn sie ist nun wohl suggestiv geworden. Aber ich traue Ihnen ja auch so viel grosszügiges Denken zu, dass ihnen ein freihetliches und freimütiges Reden über Geld nicht anstössig und versteckenswürdig erscheint. Und ich traue Ihnen sogar, jedem von Ihnen, zu, dass auch Sie mindestens einmal im Leben Schwierigkeiten beim Geldeinteilen hatten (oder noch haben!), trotzdem Sie offenbar nicht zu den Mindestbemittelten gehören. Seit wann aber heisst "Schwierigkeiten sehen" unfähig sein, sie zu lösen?

VERBAENDE

UNSER RADIO TAGTE

Die Generalversammlung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft trat diesmal in Aarau zusammen. Den Vorsitz führte Nationalrat Dr. Hans Oprecht. Eine beträchtliche Spannung lag auf den Gemütern, erhoffte man doch vielerorts eine Klärung und ausgleichende Aussprache über die schweren Differenzen. Sie blieb aus; wie die Generalversammlungen anderer Gesellschaften erwies sich auch diese als sorgfältig präpariert. Die wichtigen Entscheidungen werden jedenfalls kaum in diesem Gremium fallen.

Mit unnachahmlichem und manchmal fast beschwörendem, welschen Charme beschwichtigte Generaldirektor Bezençon in einer diplomatisch geschickten Rede die Delegierten, dass nie jemand daran gedacht habe, die Aufgaben der regionalen Radio-Gesellschaften anzutasten. Radio Bern habe die Reorganisationspläne falsch aufgefasst. Nur sehr vorsichtig deutete er an, dass es dabei um eine gewisse Berichtigung der "leider unzulänglichen föderalistischen Struktur" der Radiogesellschaft gehe. Doch deswegen würde kein einziges Programmzentrum und keine einzige Region entwertet. Nicht Zentralisation, sondern Arbeitsteilung sei die Parole. Als Beispiele für die Notwendigkeit führte er mit Recht das gänzlich veraltete Informationssystem an, das den Hörer zwingt, das Ausland zu empfangen, wenn er lebenswichtige Nachrichten sofort haben muss. (Beromünster bringt nicht selten Nachrichten, die bereits in den Abendblättern ausführlicher gedruckt zu lesen sind, sodass der Nachrichtensprecher besser diese Zeitungen vorgelesen hätte. Auch kamen Verzögerungen wichtiger Nachrichten um mehr als 24 Stunden vor). Schuld daran seien die Programmschnitte (Fixtage) und die täglichen, langen Sendepausen. Das Programm auf den Ultrakurzwellen nannte der Redner sogar "embryonal". Er verlangte richtige Programm-Ketten und zwar nach Sprachgebieten je eine auf Mittelwellen, eine auf Ultrakurzwellen und dazu genügend Lokal-sendungen, wenigstens für die wichtigen Landeszentren. Ferner lehnte er den bernischen Vorschlag auf Ausbau der bisherigen Beromünsterkonferenz ab, vorwiegend, weil sie nur für das Radio eine Plattform darstelle, sodass eine zweite für das Fernsehen notwendig würde. Fernsehen und Radio dürften nicht auseinanderwachsen, sondern müssten einander ständig fruchtbar gegenüberstehen, damit nicht das eine vom andern vernichtet werde.

Der Generaldirektor hat für die Generalversammlung mit Geschick jene Punkte herausgestellt, über die man sich vermutlich einigen könnte, dagegen andere, wesentlich umstrittene, unerwähnt gelassen. Von der am meisten betroffenen Berner-Seite wurde der Bedächtigkeit das Wort geredet. Der Eindruck war hier doch der, dass versucht wird, möglichst lange den bisherigen Zustand, so mangelhaft er sich erwiesen hat, beizubehalten. Das wäre zu bedauern, denn die Vergiftung der Atmosphäre würde so kaum abnehmen. Und von deren Beseitigung würden doch alle Studios und Gesellschaften sehr profitieren, sodass es sich lohnen würde, sich gegenseitig Konzessionen zu machen. Ausserdem besteht auch kein Zweifel, dass der Bundesrat rechtzeitig, schon eine beträchtliche Zeitspanne vor Ablauf der Konzessionsfrist 1967, eingreifen müsste, um die neue Konzessionsperiode auf einen glücklicheren Boden zu stellen. Spekulationen, man habe bis in dieses Jahr Zeit, könnten leicht fehlgehen.

Darauf wurden Jahresrechnung und Bilanz anstandslos genehmigt wie sie es verdienen; Beromünster wird von jetzt an 9,85 Millionen Franken erhalten (bisher 9,3), was angesichts der Aufgaben sehr bescheiden ist und kaum zu einem guten Platz im Wald der übrigen europäischen Sender führen wird.

Schön war, dass am Schlusse auch auf die schlechte Besoldung des Personals hingewiesen wurde, und auch derer gedacht wurde, ohne die die beste Organisation und die grössten Geldmittel bei jedem Sender Schall und Rauch bleiben müssten; der schöpferisch Tätigen. Sie haben keine Vertretung in der Generalversammlung und können sich zu all den Streitfragen nicht äussern. Anders als z.B. beim Film bleiben sie weit mehr im Dunkel. Sicher einer der Gründe, dass z.B. namhafte Schriftsteller unserm Radio aus dem Wege gehen. Und doch geht es nicht ohne ihre Phantasie, ihr Vorstellungsvermögen, ihre Gestaltungskraft. Möge man doch über all dem Streit diese Tatsache nicht vergessen und die nötigen Konsequenzen daraus ziehen!

DER PAPST ZUM FILM

Aus Anlass des 25. Jahrestags der Film-Encyclica "Vigilanti cura" hat Papst Johannes XXIII. ein Handschreiben an den Präsidenten der päpstlichen Kommission für Film, Radio und Fernsehen gerichtet, Bischof O'Connor. Er lobt darin die Tätigkeit des Internationalen katholischen Filmbüros (OCIC), weil es sich dafür einsetze, das Niveau des Films zu heben. Er fordert auch zur Befolgung der Einstufung der Filme durch die katholischen Filmbegutachtungsstellen auf (Ziffern I-V)

Im übrigen ruft er den Gläubigen in Erinnerung, dass der Fortschritt der Technik ihnen Verpflichtungen auferlege. Die Kirche sei geistig ewig-jung und gleichzeitig an Erfahrungen jahrhundertalt. In der heutigen Zeit könne der Film dem Menschen von Vorteil sein. Dazu komme, dass der Film neue Kenntnisse vermittle und zur Weiterbildung beitrage. Der Film könne aber auch Gefahren für die Gesellschaft wie für den Einzelmenschen in sich bergen. Die negativen Komponenten unserer Zeit beeinflussten auch das Filmwesen, die Leute würden damit zu einem ungeordneten Leben geradezu aufgemuntert, und dem Laster Tür und Tor geöffnet. Religiöse Werte seien ebenfalls in Gefahr, deren Ausrottung den Zusammenbruch der Grundlagen der Gesellschaft bedeute. Die Verantwortlichen müssten christliche Werte dem Film zuführen, sich unanständigen Filmen widersetzen und die Gewissen auch in Sachen Film bilden.

Bildschirm und Lautsprecher

Frankreich

- In Frankreich sind bereits über 4000 Schulen mit Fernsehapparaten ausgerüstet. Die Zahl der Schulen, die sich dem Schulfernsehen anschliessen will, nimmt weiterhin zu. (FN)

Deutschland

- Die Auslagen für eine Fernseh-Minute stiegen innerhalb eines Jahres von 928. - M auf 1561. - M. Schuld daran seien u.a. auch die gestiegenen Ansprüche des Publikums. Dagegen sanken die Auslagen für eine Radio-Minute von 26,44. - auf 26,32 M. (Die Ansprüche des Publikums gegenüber dem deutschen Radio scheinen also nicht gestiegen zu sein.)

- "Ein beschämendes Zeitdokument" nennt "Kirche und Rundfunk" die Sendung "Was wissen sie von ihren Vätern?" Es handelt sich um eine Zusammenstellung von Gesprächen mit Jugendlichen zwischen 15 und 23 Jahren über ihre Kenntnisse der Zeit des tausendjährigen Reiches. Es stellte sich dabei heraus, dass die jungen Leute nur wenig oder Falsches darüber wissen. Schuld daran ist das Schweigen oder die verdrehten Informationen ihrer Eltern und Lehrer. (KiRu).

- Die westdeutschen Zeitungsverleger beabsichtigen die Schaffung einer eigenen Abteilung zur Lieferung von Nachrichten für Film und Fernsehen. Sie hätten einen legitimen Anspruch darauf, an allen Möglichkeiten der Nachrichtenverbreitung mitzuwirken. Die Interessen der Tagespresse müssten bei der Entwicklung des Fernsehens mitberücksichtigt werden.

- Der "Gema", (der deutschen Schwestergesellschaft der Schweiz. "Suisa") ist neuestens durch Gerichtsurteil untersagt worden, die Händler zur Angabe der Namen der Käufer von Tonbandgeräten zu zwingen. Sie darf nur solche Käufer in Inseraten auffordern, urheberrechtlich geschützte Musik nicht ohne Genehmigung der Gema auf ein Tonband zu überspielen. Geplant ist überdies ein neues Gesetz über Verwertungsgesellschaften auf dem Gebiet des Urheberrechtes, deren Rechte eingeschränkt und die unter Staatsaufsicht gestellt werden sollen. Es soll gleichzeitig mit dem Entwurf eines neuen Urheberrechtsgesetzes noch diesen Herbst dem Bundestag zugeleitet werden. Eine solche gesetzliche Regelung dürfte sich auch in der Schweiz empfehlen.

Italien

- Eine Umfrage in Mailand hat ergeben, dass das Fernsehen den guten Leser nicht von der Lektüre abhält. Nach Ansicht der Schriftsteller und Buchhändler könne das Fernsehen vielmehr zum Kauf guter Bücher anregen und Propaganda dafür betreiben. Regisseur Mario Soldati ist der Ueberzeugung, dass das Fernsehen nur Leute von den Büchern wegführe, die ohnehin schon dafür verloren waren.

Columbien

- In Kolumbien wurde das Verbot protestantischer Missionssendungen aufgehoben. Es darf protestantischerseits in der Woche 15 Minuten lang gesendet werden.

Belgien

- An einer Studientagung auf Schloss Mainau sagte Frau Verrijcken, Mitarbeiterin der protestantischen Abteilung des belgischen Fernsehens, dass das Fernsehen einen bedeutsamen Zugang zur christlichen Glaubenswelt freigebe. Bei der unmittelbaren Wortsendung müsste der Weg der Live-Sendung gewählt werden. (KiFe).